

Betrieb zur Gänze die Dienstgeber-Sozialversicherungsbeiträge. Die Regelung soll mit Juli in Kraft treten. Die finanzielle Entlastung „gilt für alle Unternehmen, die in Kurzarbeit sind oder sie bis Ende 2010 beginnen“, ergänzt Kopf. Er hält die Maßnahme für notwendig, nachdem Deutschland ab Mitte des Jahres die gleiche Vorgangsweise bereits beschlossen hat. Kopf: „Konzerne, die in beiden Ländern tätig sind, hätten sonst die Kurzarbeit in

„Konzerne hätten in Deutschland Kurzarbeit weitergeführt und in Österreich gekündigt“

Johannes Kopf
AMS-Vorstand

Chief aber auch positiven Illusionen hin: Die aktuelle Schätzung geht von 300 Millionen € im laufenden Jahr aus. Durch die Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge wird heuer und 2010 eine Summe von rund 65 Millionen € dazukommen.

- **Altersteilzeit:** Die Regelung, wonach eine Ersatzkraft eingestellt werden muss, um eine Förderung zu erhalten, entfällt. Eine Erleichterung, die nach Einschätzung des AMS-Vorstands vor allem

lichen Aufwand des Arbeitgebers. Bei geblockter Altersteilzeit macht der Ersatz 55 Prozent aus, bei kontinuierlicher Altersteilzeit 90 Prozent.

- **Förderung von Ein-Personen-Unternehmen:** Für den ersten Mitarbeiter werden für die Dauer von einem Jahr die Dienstgeber-Sozialversicherungsbeiträge vom AMS übernommen. Auflage: Der Arbeitnehmer muss arbeitslos vorgemerkt und zwischen 19 und 30 Jahre alt sein. Die För-

Betriebe steuern bei

Als teilweise Gegenfinanzierung müssen die Unternehmen einen Einschnitt bei der Lohnnebenkosten-Entlastung hinnehmen. Konkret wird die Befreiung von der Arbeitslosenversicherung bei älteren Mitarbeitern vom derzeit 57. Lebensjahr auf das 58. Jahr hinausgeschoben – die Maßnahme ist mit 2013 befristet.

EVELYN HOLLEY-SPIESS
evelyn.holley-spiess@wirtschaftsblatt.at

(IV) noch am Tisch liegt, ist der Wegfall der Behaltfristern nach der Kurzarbeit.

Hundstorfer hat den Ball gestern weitergespielt: „Das war und ist für mich nicht Verhandlungsgegenstand. Das ist Sache der Sozialpartner.“ IV-General Markus Beyrer hofft in diesem Zusammenhang „sobald als möglich“ auf Änderungen.

MASSNAHMEN Budget des Arbeitsmarktservice für Bildung wird aufgestockt

Weiterbildung als „Befreiung vom Stigma der Arbeitslosigkeit“

Steigt die Arbeitslosigkeit, bekommen Weiterbildungsinstitutionen erwiesenermaßen mehr zu tun. Der Leiter der Bildungspolitik der Wirtschaftskammer (WKÖ), Michael Landertshammer, spricht von einer 20-prozentigen Budgetsteigerung des Arbeitsmarktservice (AMS) für Weiterbildungsprogramme in diesem Jahr. Jüngsten Daten zufolge hat das AMS zuletzt 567 Millionen € dafür ausgegeben. Von Bund und Ländern sind für Weiterbildungsmaßnahmen insgesamt 321 Millionen € gekommen. Direkt davon profitieren wird der Marktführer im Weiterbildungsbereich, das Wirtschaftsförderungsinstitut (WIFI).

In den vergangenen drei Jahren konnte das WIFI den Umsatz jährlich um zwei bis drei Millionen € steigern. Heuer werde man aller Voraussicht nach 135 Millionen € umsetzen. Nach Zahlen von 2005 bis 2007 ist das WIFI mit

rund 20 Prozent Marktanteil der Platzhirsch im Weiterbildungsbereich, gefolgt vom Berufsförderungsinstitut (bfi) mit 13,6 Prozent und den Volkshochschulen mit 12,7 Prozent. Insgesamt decken 15 Weiterbildungsanbieter rund 60 Prozent des Marktvolumens ab, das ergab eine Studie von Kreuzer, Fischer & Partner. Wirtschaftskammer-

Präsident Christoph Leitl und Wifi-Chef Michael Walter halten die Beträge, die von der öffentlichen Hand für Weiterbildung ausgegeben werden, für ausbaufähig: „Weniger als eine Milliarde € für Erwachsenen- und Weiterbildung stehen 13 Milliarden € für die Ausbildung von der Volksschule bis zu Universität gegenüber.“

Kein Rechenrick

Dass es sich, gemessen an den Zahlen, dennoch um ernsthafte Bemühungen der Regierung handle – die nicht nur ein statistischer Trick zur Senkung der Arbeitslosenzahlen seien –, betont der Bildungsexperte der Industriellenvereinigung, Gerhard Riemer. In Übergangsphasen sei es extrem schwierig, Arbeitslosenzahlen und Weiterbildungsprogramme unter einen Hut zu bringen, gibt sich Riemer pragmatisch: „Wer gegebenenfalls in Weiterbildung

geht, wird vom Stigma der Arbeitslosigkeit befreit.“

Für den Präsidenten der Rektorenkonferenz, Christoph Badelt, handelt es sich hierbau durchaus um „aktive Arbeitsmarktpolitik“, er ortet aber auch ein Problem: „In Zeiten knapperer Budgetmittel und steigender Arbeitslosigkeit stehen der Aufstockung der Weiterbildungsbudgets höhere Arbeitslosengeld-Zahlungen gegenüber.“ Deshalb sollte für Weiterbildung mehr aus der Privatwirtschaft kommen.

Landertshammer würde lieber bei der Bürokratie sparen: „Wir haben eine der teuersten Schulverwaltungen der Welt. Dort gibt es ein Einsparungspotenzial von rund 600 Millionen €.“ Er argumentiert ähnlich wie Badelt: „Der Individualförderungsbereich sollte gestärkt werden.“ Derzeit sei der AMS-Topf für diesen Bereich nur mit 40 Millionen € dotiert. (fib)



Wirtschaftskammer-Präsident **Christoph Leitl** hält Weiterbildungsprogramme in Krisenzeiten für unabdingbar

ZAHLE

87,5
€

gibt laut Regioplan ein Haushalt in Österreich pro Jahr im Schnitt für Weiterbildung aus. In Rubbellose werden hingegen 188,5 € investiert. Großbetriebe werden einer Wifi-Umfrage zufolge heuer bei Weiterbildung relativ mehr sparen als KMU, 57 Prozent der Unternehmen bleiben konstant.